

RRE

VERTRAULICH

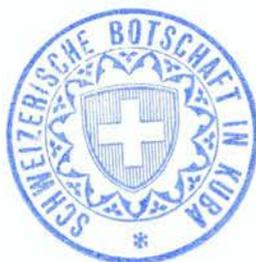
PB Nr. 8 / HO

Havanna, 31. Oktober 1988

SCHLUSSBERICHTKuba im dreissigsten Jahr der castristischen Revolution1. Kuba und Fidel Castro

Das Phänomen Kuba in Worte zu fassen, fällt einem ausländischen Beobachter auch nach vierjährigem Aufenthalt in Havanna schwer. Lange vor 1959 hat der Franzose André Breton die Zuckerinsel ein surrealistisches Land genannt; und noch heute, im 30. Jahr der castristischen Revolution, wirken viele Züge dieses "freien Territoriums in Amerika" aussergewöhnlich, ja paradox: Da sind die von farbig-heruntergekommenen Kolonialbauten umsäumten Alleen des von der UNESCO zum Kulturgut der Menschheit erklärten Alt-Havanna, wo amerikanische Autoveteranen die Nostalgie der Fünfzigerjahre heraufbeschwören. Da ist die noch gegenwärtige afrokubanische Subkultur, die besonders an den Festtagen der Schutzheiligen Santa Barbara und San Lázaro erstaunlich vital zutage tretende Religiosität sowie - was kaum bekannt ist - eine rund 20'000 Mitglieder zählende Freimaurerbewegung. Aber da ist auch die Tatsache, dass diese kleine Karibikinsel, die den mächtigen USA zu trotzen wagte und 1962 die beiden Supermächte an den Rand des atomaren Abgrundes gebracht hatte, dank einmaliger geopolitischer Konstellation eine weltpolitische Rolle zu spielen vermag, die weit über die Statur eines primär vom Zuckerexport abhängigen Drittwellandes hinausgeht. Und trotzdem muss sich das stolze Kuba weiterhin zähneknirschend damit abfinden, dass die USA an der südöstlichen Inselfspitze die Flottenbasis Guantánamo unterhalten.

Obwohl das früher weltweite Interesse an der kubanischen Revolution längst an andern Schauplätzen gilt und Kuba seinen Drittwell-Modellcharakter weitgehend eingebüsst hat, stellt es auch heute noch eine Art Provokation dar, die zur Stellungnahme herausfordert. Jede um Objektivität bemühte Analyse, die das revolutionäre Kuba aus seiner geschichtlichen Vergangenheit und im lateinamerikanischen Gesamtkontext zu verstehen sucht, wird bei Fidel Castro ansetzen müssen, dessen Lebensgeschichte aufs engste mit dem kubanischen Geschehen der letzten 35 Jahre verknüpft ist. Fidel Castro Ruiz, der von Jesuiten erzogene Sohn eines galicischen Einwanderers, hat als Präsident des Staats- und Ministerrates, Erster Parteisekretär und Oberkommandierender das heutige Kuba bis in alle Bereiche dermassen geprägt, dass von einem eigentlich castristischen Staat gesprochen werden muss.



- 2 -

Gerade die jüngste politische Entwicklung bleibt ohne Kenntnis der komplexen Persönlichkeit Fidel Castros, der - ob gehasst oder verehrt - wohl zu den interessantesten Staatsmännern der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts gehört, unverständlich. Der peruanische Schriftsteller Mario Vargas Llosa - ein früherer Bewunderer Castros - spricht wohl zutreffend von der widersprüchlichen Vielschichtigkeit eines verschlagenen und grosszügigen, idealistischen und ruhmbegehrenden Mannes, dem das Schicksal fast ebensoviel geholfen habe wie seine Ueberzeugungskraft, sein geradezu irrationaler Optimismus, sein aussergewöhnlicher Mut und seine absolute Skrupellosigkeit beim Erreichen persönlicher Ziele. Das Charisma des Máximo Líder vermochte nicht nur eine Generation kubanischer Massen zu fesseln, sondern fasziniert auch weiterhin Intellektuelle vom Range des kolumbianischen Literatur-Nobelpreisträgers Gabriel García Márquez, der Fidel Castro für einen der "grossen Idealisten" unserer Zeit hält, was vielleicht seine grösste Tugend, aber auch seine grösste Gefahr sei.

2. Innenpolitik

Innenpolitisch geht Kuba heute durch die kritische Phase der "Rektifikation von Irrtümern und negativen Tendenzen", die Fidel Castro nach dem 3. Parteikongress vom Februar 1986 mit der Schliessung der seit 1980 zugelassenen "freien Bauernmärkte" sowie der Suspension eines Gesetzes, das in beschränktem Umfange einen freien Wohnungsmarkt erlaubte, eingeleitet hatte. Am Anfang des als Generalreinigung gedachten Rektifikationsprozesses stand - ähnlich wie unter Gorbatschew in der UdSSR - die richtige Erkenntnis, dass die kubanische Revolution nach über einem Vierteljahrhundert in eine Sackgasse geraten war. Auf den von einer technologischen Gesellschaft träumenden Fidel scheinen nicht nur die chronische wirtschaftliche Ineffizienz und Korruption (er sprach von Chaos, Anarchie und Irrsinn), sondern vor allem auch der sich gegen Ende 85 abzeichnende katastrophale Devisenmangel schockierend gewirkt zu haben.

Aber während sich heute in einem Grossteil des sozialistischen Lagers echter Reformgeist regt, gleicht die kubanische Rektifikation mit ihrer ideologischen Verhärtung und Kampf gegen "neobourgeoise Elemente, Parasiten, Spekulanten und Lumpen" eher einer Neuauflage der 1968 von Fidel ausgerufenen "revolutionären Offensive" (im März 68 wurde bekanntlich mit einem Federstrich der ganze noch übriggebliebene Privatsektor, d.h. allein in Havanna 17'000 Kleinbetriebe, nationalisiert). Die als "historische Wende" gepriesene revolutionäre Renaissance bringt keine strukturellen Aenderungen, sondern Festigung des Primats der KP vor allem auch im Wirtschaftsbereich, Re-Ideologisierung und Massenmobilisation, Zentralisierung und Rückgängigmachung auch bescheidenster marktwirtschaftlicher Ansätze. In seiner harten Rede vom 26. Juli 88



- 3 -

in Santiago de Cuba hat Fidel klargemacht, dass die Revolution nie irgendwelchen Parteienpluralismus dulden werde. Angesichts der Bedrohung durch die mächtigen USA sei die Erhaltung der "ideologischen Reinheit der Revolution" vital, und Kuba könne nicht mit dem Kapitalismus kokettieren. Dies war eine deutliche Warnung an jene, wahrscheinlich bis in die Parteikader hineinreichenden Kreise, die insgeheim mit Perestroika und Glasnost sympathisieren (in jüngster Zeit ist in Kuba das Interesse für sowjetische Zeitschriften, wie etwa "Neue Zeit", sprunghaft gestiegen).

Die von Fidel Castro im Oktober 87 - mit deutlicher Spitze gegen Moskau - geforderte Rückkehr zum wirtschaftlichen Denken und Idealismus von Che Guevara zeigt, dass der Máximo Líder unentwegt an die Machbarkeit des "Neuen Menschen" glaubt. Der Romantiker der Revolution" scheint seit seiner Jugend (bereits mit 14 Jahren soll Fidel auf dem Landwirtschaftsbetrieb seines Vaters einen Arbeiterstreik angezettelt haben) vom Gedanken der absoluten Gerechtigkeit beherrscht zu sein, der ihm bis heute zur Rechtfertigung allen Handelns dient. Was den im genügsamen Oriente aufgewachsenen Fidel Castro von der Duldung marktwirtschaftlicher Teil-Mechanismen abhält, ist nicht marxistische Orthodoxie, sondern im Kern seine tiefe Verachtung für den in der Kapitale Havanna früher herrschenden Krämer- und Konsumgeist. Vielleicht aber spürt Fidel als Machtmensch auch instinktiv, dass privatwirtschaftliche Teilreformen in der kubanischen Mangelwirtschaft sehr bald zu systemgefährdenden Verzerrungen führen würden. Neuer revolutionärer Elan soll den müde gewordenen Massen namentlich durch die Wiederbelebung der Mikrobrigadenbewegung eingehaucht werden. Diese dient - nachdem Havanna im Bausektor, teilweise zugunsten der Provinz, jahrzehntelang sträflich vernachlässigt worden war - dem Kampf gegen Wohnungsnot und versteckte Arbeitslosigkeit zugleich.

Die Kombination von ideologisierte Planwirtschaft und post-feudalwirtschaftlicher Tropenmentalität sowie das Ausbleiben echter Strukturreformen wecken stärkste Zweifel an den Erfolgsaussichten des Rektifikationsprozesses. Die heutige Hartwährungsnot (Erdölpreiszerfall bzw. Mindereinnahme aus Re-Export von sowjetischem Erdöl, tiefer Zuckerpreis etc.), die Kuba zu drastischer Reduzierung seiner Westimporte zwingt (heute unter 9 %), ist höchstens langfristig überwindbar. Das anfangs Mai 86 gegenüber westlichen Gläubigerländern (diesen schuldet Kuba heute rund 6 Mrd. USD) verkündete 90-tägige Zahlungsmoratorium hat die bisher gute Schuldnerreputation Havannas erschüttert und neue Kreditaufnahmen weitgehend verunmöglicht. Das Ausbleiben von westlichen Gütern und technischem Know-how gefährdet die dringend notwendige Modernisierung bzw. Diversifikation der kubanischen Wirtschaft, die sich gerade wegen der Integrierung in das COMECON-System bis heute nicht vom "Fluch der Monokultur" (Zucker ist unverändert wichtigster Devisenbringer) befreien konnte. Erschwerend fällt ins Gewicht,



- 4 -

dass unter Gorbatschew die sowjetische Subventionsbereitschaft (Moskau leistet jährlich zwischen 3-5 Mrd. USD Wirtschaftshilfe, insbesondere durch Abnahme des Zuckers zum bis 7-fachen Weltmarktpreis, Kredite etc.; kubanische Aussenschuld gegenüber UdSSR zwischen 15-20 Mrd. USD) an Grenzen stösst und auch die sozialistischen Bruderstaaten vermehrt auf bessere Gegenleistungen pochen. Erhebliche Ressourcen verschlingen weiterhin das Militär (Kuba verfügt über rund 160'000 reguläre und 135'000 Reservetruppen sowie 1,5 Mio. Miliz) sowie die internationalistische Hilfe. Als mittelfristig erschliessbare neue Hartwährungsquelle bietet sich fast einzig der mit ideologischen Gefahren verbundene internationale Tourismus an, der nunmehr - für Fidel Castro eine bittere Pille! - mittels joint-ventures zügig zum zweitwichtigsten Devisenbringer ausgebaut werden soll (1992 rund 500'000 Westtouristen).

Die bescheidenen Konsumfortschritte, die seit dem Mariel-Massenexodus von 1980 (Auswanderung von über 120'000 Kubanern nach USA) erzielt wurden, fallen heute den Sparmassnahmen zum Opfer. Der wachsende Mangel an Ersatzteilen z.B. zeigt sich in Havanna vor allem in den Sektoren Transporte (z.Z. sind über 50 % der Autobusse ausser Betrieb), Telefon (über 7'000 Anschlüsse defekt) und Wasserversorgung (grosse Teile erhalten lediglich jeden zweiten Tag einige Stunden Wasser). Die rapide wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten könnten auch das Bildungs- und Gesundheitswesen gefährden, auf die die kubanische Revolution besonders stolz ist. Jugendliche klagen offen über mangelnde qualifizierte Arbeit nach Studienabschluss; fraglich ist auch, wie lange Fidel Castro, der Kuba zu einer "medizinischen Weltmacht" entwickeln will, sein kostspieliges Gesundheitssystem (1988 wurden rund 3'500 Aerzte graduiert; 800 davon werden auf internationalistische Missionen geschickt) sowie die ambitiöse Forschung z.B. auf dem Gebiet der Biotechnologie, noch finanzieren kann.

Obwohl der stets in olivgrünem Kampfanzug steckende Fidel Castro ruhelos Kontakt mit seinem Volk sucht und sich auch im Wirtschaftsbereich oft bis in Details einzumischen scheint, therapiert er mit seiner Rektifikation an den Grundproblemen der kubanischen Gesellschaft vorbei, was insbesondere die junge Generation - längerfristig die grösste Herausforderung für das Regime - der Revolution zusehends entfremdet. Wenn die innenpolitische Lage vorläufig auch nicht dramatisiert werden sollte, so sind die Anzeichen für eine wachsende, eigentliche moralische Krise unübersehbar: Allgemeine Nervosität, Indisziplin und steigende Kriminalität vor allem in der 2 Mio.-Kapitale Havanna, die die Parteiführung sichtlich beunruhigen (in den letzten zwei Monaten wurde z.B. in 45 diplomatische Privathäuser eingebrochen), Absentismus vom Arbeitsplatz, Diebstahl von Staatseigentum, Schwarzmarktmaffia, überdurch-



- 5 -

schnittlich hohe Scheidungs- und Suizidraten, Desertion und Verrat etc. In den letzten Tagen haben in Havanna vereinzelte - noch vor kurzer Zeit undenkbare - Mini-Spontandemonstrationen gegen das Regime stattgefunden. Dazu kommen bandenmässige Raubüberfälle in bester Hollywood-Manier, die eine bereits durch Konsumgüterverknappung geplagte Bevölkerung zusätzlich verunsichern (die Kriminalitätswelle könnte teilweise mit der Entlassung von tausenden von Strafgefangenen zusammenhängen, die vor einigen Wochen im Zuge einer Strafrechtsreform verfügt wurde). Der im Mai 1985 in Betrieb genommene amerikanische Sender Radio Marti stochert von Washington aus 17 Stunden täglich in diesen gesellschaftspolitischen Wunden und fördert so die Destabilisierung des castristischen Regimes, dem prominente, in die USA abgesprungene Gegner Heuchelei und doppelte Legalität vorwerfen. Symptomatisch für die sozialistische Sinnkrise scheint das seit einigen Jahren zu beobachtende verstärkte religiöse Interesse vor allem unter der Jugend, die trotz dauernder Indoktrination in ihrer Mehrzahl erstaunlich apolitisch wirkt.

Während sich Kuba wirtschaftsideologisch bisher völlig von den Perestroika-Vorgängen im übrigen sozialistischen Lager abgeschottet und sein Recht auf den eigenen Weg betont hat, ist auf der Insel in jüngster Zeit zumindest ein Hauch Glasnost zu verspüren. Die vor allem von älteren Kubanern im Zuge der Rektifikation befürchtete "Kulturrevolution" hat nicht stattgefunden, und in Künstlerkreisen scheint sogar ein schüchterner Optimismus zu herrschen. Mit der Veröffentlichung seines Buches "Fidel y la religión" im November 85 hatte Fidel Castro, der sich wohl als erster kommunistischer Staatsmann so offen mit politisch-religiösen Fragen auseinandergesetzt hat, die Oeffnung gegenüber der katholischen Kirche eingeleitet (im Gegensatz etwa zu Polen spielte die Kirche auch im vorrevolutionären Kuba eher eine untergeordnete Rolle). Der auch für die Kirche heikle Normalisierungsprozess ist unterdessen allerdings ins Stocken geraten; wie jedoch der Papst anlässlich des Besuches der kubanischen Bischöfe in Rom im Juli 1988 aussagte, sieht die Kirche positive Zeichen für eine Fortsetzung des Dialoges.

Auf dem Gebiet der Menschenrechte, wo Kuba namentlich durch den amerikanischen Anklageversuch vor der UN-Menschenrechtskommission in Genf im Februar / März 87 und 88 unter starken internationalen Druck geraten ist, sind zumindest Anfänge eines Entkrampfungsprozesses festzustellen: Oeffnung der kubanischen Gefängnisse für internationale Menschenrechtsorganisationen wie Amnesty International sowie Zulassung des IKRK, Entlassung und Emigration von Hunderten von "historischen" politischen Gefangenen, Duldung von kubanischen Menschenrechtskomitees etc. Mitte September weilte auf Einladung der kubanischen Regierung eine Delegation der UN-Menschenrechtskommission in Kuba, die ihre Beobachtermission ungestört abwickeln konnte. Obwohl die Gefahr einer Verpolitisierung



- 6 -

der kubanischen Menschenrechtsfrage durch die Reagan-Administration bestand, hat die Genfer Menschenrechtsdebatte doch Bewegung in diesen bisher tabuisierten Bereich gebracht. Damit die menschenrechtlichen Verbesserungen, die auch von amerikanischer Seite her anerkannt werden, nicht lediglich taktisch-kosmetischer Natur bleiben, wird auch künftig ein dosierter internationaler Druck auf Havanna ausgeübt werden müssen. Kuba, das stets die Menschlichkeit seiner Revolution betont, wird sich hier jedenfalls strengere Massstäbe gefallen lassen müssen, als andere lateinamerikanische Staaten. Sekptisch stimmen allerdings die in Washington gehegten Hoffnungen, mit der erzwungenen Duldung der kubanischen Menschenrechtskomitees sei - analog der Dissidentenbewegung in der UdSSR und Polen - ein entscheidender Durchbruch gelungen und das Castro-Regime zeige erstmals Risse. Die meisten führenden kubanischen Dissidenten sind bereits ausgewandert oder versuchen zu emigrieren und es dürfte ganz der Strategie der hiesigen Führung entsprechen, die zahlenmässig bescheidene Opposition auf diesem Wege auszutrocknen und regimefeindlichen Tendenzen in Zukunft wieder mit vermehrter Repression zu begegnen.

3. Aussenpolitik

Für den ehrgeizigen Fidel Castro, dem seine Karibikinsel zu eng ist und der sich - nach dem weltrevolutionären Drang der sechziger Jahre - heute etwas moderater am liebsten als Lehrer der Dritten Welt betätigt, ist die aussenpolitische Bühne von grösster Wichtigkeit. Er sieht sich dabei als legitimer Nachfolger des kubanischen Nationalhelden José Martí, der für die lateinamerikanische Solidarität eingetreten war und Ende des letzten Jahrhunderts, nach blutig errungener Loslösung Kubas von der Kolonialmacht Spanien, verkündet hatte, jetzt beginne der zweite Kampf um die Unabhängigkeit vom "nördlichen Monster USA". Die verfassungsmässig verankerte "internationalistische Solidarität" Kubas, das seine Staatsangehörigen in rund 36 überseeische Drittweltländer auf internationalistische Mission entsandt hat (über 10'000 Kubaner sind als wirtschaftlich-technische Experten tätig; in 12 Staaten besteht Truppen- bzw. Militärberaterpräsenz), gehört wesentlich zum Selbstverständnis des castristischen Staates. Für ausländische Besucher gewissermassen obligatorisch ist der Besuch auf der "Isla de la Juventud", wo das weltweite Engagement Kubas in den über 10'000 dort lebenden, vor allem aus Afrika stammenden Drittweltschülern zum Ausdruck kommt (insgesamt beherbergt Kuba etwa 30'000 Studenten und Schüler aus 80 Staaten). Es ist damit zu rechnen, dass Havanna nach dem Abzug seiner Truppen aus Angola seine Präsenz im südlichen Afrika durch verstärkte Entsendung von Entwicklungshelfern zu wahren sucht.



- 7 -

Das revolutionäre Kuba hat nur dank seiner Allianz mit der UdSSR überlebt, die die Zuckerinsel seit 1961 wirtschaftlich massiv unterstützt und den Unterhalt einer eindrucklichen kubanischen Militärmacht erlaubt. Wie Fidel Castro mit Blick auf Nicaragua selbst festgestellt hat, ist der Fall Kuba historisch nicht wiederholbar; dass Moskau kein zweites Kuba unterstützen will, zeigte sich bereits 1973 beim Sturz des Allende-Regimes in Chile. Die sowjetische Präsenz in Kuba ist - vom protzigen neuen Botschaftsgebäude abgesehen - zumindest optisch erstaunlich diskret (so sind etwa die in Kuba anwesende sowjetische Brigade sowie die zahlreichen Militärberater für ausländische Beobachter kaum sichtbar). Die von Fidel Castro zum Nationalstolz erzogenen Kubaner begegnen den Vertretern aus den sozialistischen Bruderstaaten ohne besondere Sympathie mit der Selbstverständlichkeit abgesicherter Subventionsempfänger. Obwohl das Ostblocksystem die kubanische Revolution stark geprägt hat (Zehntausende von Kubanern weilen als Gastarbeiter und Studenten im Ostblock), ist namentlich die sowjetische Kultur der kubanischen Mentalität weitgehend fremdgeblieben.

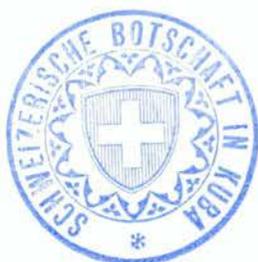
Nachdem am 3. Parteikongress der "historische und unzerstörbare Charakter der Freundschaft Kubas mit der UdSSR" sowie die fortschreitende Einbindung in das COMECON-System (über 85 % des kubanischen Aussenhandels mit Ostblock; Diskussion langfristiger Abkommen bis 2020) bekräftigt worden waren, häuften sich im vergangenen Jahr die Spekulationen über Spannungen zwischen dem die Perestrojka vorantreibenden Moskau und dem auf die Rektifikation setzenden Havanna. In seiner 26. Juli-Rede hat Fidel Castro solche Gerüchte kategorisch dementiert und als berechnende Lüge des Imperialismus bezeichnet, gleichzeitig aber das kubanische Recht auf den eigenen Weg zum Sozialismus betont. Obwohl die Sowjetunion - wie auch die andern sozialistischen Staaten - heute auf stärkere Eigenleistung Kubas dringen, scheint Moskau bis jetzt seine Wirtschaftshilfe nicht gekürzt zu haben. Auch dürfte der an der Heimatfront beschäftigte Gorbatschew vorderhand wenig Interesse haben, sich mit dem "dienstältesten" Vasallen Castro anzulegen, der - ohne allerdings blosser Marionette zu sein -, während Jahren getreu die aussenpolitische Linie Moskaus vertreten hatte (unter gewissen sowjetischen Druck geraten ist Castro allerdings in der Angola-Frage). Allgemein ist daran zu erinnern, dass die über 25-jährige kubanisch-sowjetische Vernunftsehe schon viele Stürme überstanden und der unbequeme Fidel Castro seine Rolle als privilegierter Verbündeter wohl auch im Zeichen der Neuorientierung der sowjetischen Aussenpolitik noch nicht ausgespielt haben dürfte. Strategisch-politisch bleibt das am Scharnier zwischen Nord- und Südamerika gelegene Kuba für die UdSSR von beträchtlicher Bedeutung und erlaubt diesem im Rivalitätsverhältnis mit den USA namentlich auch Einflussnahme in der Drittwelt politik.



- 8 -

Angelpunkt jeder politischen Betrachtung Kubas bilden dessen historisch komplexen Beziehungen zu den USA. Der Bruch zwischen Havanna und Washington hatte sich 1961 mit einer irgendwie fatalen Automatik vollzogen, die eindeutige Schuldzuweisungen schwierig macht. Seither haben vor allem die Unberechenbarkeit Fidel Castros und eine starre amerikanische Kubapolitik in eine Sackgasse geführt, aus der vielleicht noch auf Jahre hinaus kein Ausbruch möglich ist. Die durch Auf und Ab gekennzeichneten kubanisch-amerikanischen Beziehungen, die 1977 unter Präsident Carter mit der gegenseitigen Errichtung von Interessensektionen auf dem Wege der Besserung schienen, hatten sich seit 1981 unter der Administration Reagan wieder verschlechtert und waren im Mai 1985, nach der Inbetriebnahme von Radio Marti, auf den Gefrierpunkt gefallen (im April 87 drohte Washington den Kubanern sogar mit der Schliessung seiner Interessensektion in Havanna). Eine leichte Klimaverbesserung brachte im November 87 die Wiedereinkraftsetzung des von Fidel Castro wegen Radio Marti suspendierten kubanisch-amerikanischen Immigrations-Uebereinkommens vom Dezember 84, das die geregelte Auswanderung von jährlich 20'000 Kubanern sowie 3'000 Ex-Politischen Gefangenen vorsieht. Gegen Ende 84 hatte nämlich Fidel Castro gegenüber Washington eine Reihe von Friedenssignalen abgegeben; möglicherweise spekulierte er nach der Wiederwahl Reagans auf eine ähnliche Oeffnung, wie sie anfangs der Siebzigerjahre der republikanische Präsident Nixon eingeleitet hatte. Obwohl Havanna stets seine Gesprächsbereitschaft betont, scheint es heute hinsichtlich einer baldigen Normalisierung seiner Beziehungen mit den USA illusionslos; es blickt bereits auf die neue Administration, in der Erwartung, dass sich sowohl mit Bush als auch Dukakis besser leben lassen wird als mit Reagan.

Es bleibt abzuwarten, ob ein neuer, namentlich weniger auf den Zentralamerika-Konflikt fixierter Präsident die Havanna angelegte Daumenschraube (striktere Anwendung des Handelsembargos, Radio Marti sowie Pläne für TV Marti, Menschenrechtskampagne etc.) etwas lockern wird. Fidel Castro hat die jahrzehntelangen amerikanischen Pressionen und Isolierungsversuche bisher relativ gut überstanden und das Feindbild des "Yankee-Imperialismus" geschickt zur Dauermobilisierung seines Volkes genutzt (so hat die unter Reagan gegenüber Kuba geübte Politik der militärischen Verunsicherung zum massiven Ausbau der kubanischen Verteidigungskapazität geführt). Die Frage ist berechtigt, ob mit einer auf dem *do ut des*-Prinzip basierenden Normalisierung nicht gerade den Interessen der USA, wo die "cuban issue" bis heute stark emotional gefärbt ist, besser gedient wäre; Insbesondere bezüglich Lateinamerika, wo die amerikanische Quarantänepolitik



- 9 -

gescheitert ist, würde der diplomatische Aktionsraum Washingtons erweitert; auch könnten intensivierete Beziehungen und namentlich ein massiver amerikanischer Besucherstrom nach Kuba das Castro-Regime vor ernste Probleme stellen. Angesichts der beidseits der Florida-Strasse verwurzelten Feindbilder dürfte aber auch die Entspannung zwischen den Supermächten oder eine Lösung des Angola-Konfliktes kaum spektakuläre Bewegung in das kubanisch-amerikanische Verhältnis bringen. Dies allerdings wird eine Grosszahl von Kubanern nicht davon abhalten, ihren Erwartungshorizont weiterhin nach der "Comunidad" in Florida zu richten, wo gegen eine Million Exil-Kubaner gewissermassen als Gegengesellschaft eine Dauerherausforderung für Fidel Castro bedeuten.

Kuba versteht sich - ungeachtet seiner wirtschaftlich-politischen Integration in das COMECON-System und seiner Hass-Liebe gegenüber den geographisch nahen USA - als Teil Lateinamerikas. Nachdem Mitte der Sechzigerjahre unter dem Druck der USA fast alle lateinamerikanischen Länder (Ausnahme Mexiko) ihre diplomatischen Beziehungen zum revolutionären Havanna abgebrochen hatten, ist die Reintegration Kubas in die lateinamerikanische Staatenfamilie heute weitgehend vollzogen. Das besondere Interesse Kubas, das den lateinamerikanischen Solidarisierungseffekt des Malvinas- und Zentralamerikakonfliktes sowie der Aussenschuldproblematik taktisch geschickt zu nutzen wusste und seine lateinamerikanische Identität nicht genug betonen kann, gilt den jungen Demokratien Argentinien, Brasilien und Uruguay (Wiederanknüpfung der diplomatischen Beziehungen mit Uruguay 1985 und Brasilien 1986). Von der Zusammenarbeit vor allem mit dem Schlüsselstaat Brasilien erhofft sich Kuba auch wirtschaftliche Vorteile (Kredite etc.). Diese waren jedoch, namentlich wegen des kubanischen Devisenmangels sowie ähnlicher Produktionsstrukturen, bisher bescheiden.

Die neue Salonfähigkeit Kubas in Lateinamerika scheint - von regionaler Bewusstwerdung sowie unterschwellig anti-amerikanischen Reflexen abgesehen - nicht zuletzt einer sicherheitspolitischen Besorgnis vieler lateinamerikanischer Regierungen zu entspringen, die um die historische Strahlungskraft der kubanischen Revolution wissen und Havanna durch aussenpolitische Einbindung von Destabilisierungsaktivitäten abzuhalten bzw. ihre nationalen Linkskräfte zu neutralisieren versuchen. Fidel Castro seinerseits, der letzten August zur Amtseinsetzung von Präsident Borja nach Quito reiste (erster Südamerikabesuch seit Chilereise von 1971) und sich dort als verantwortungsbewusster Staatsmann sowie Kämpfer für die lateinamerikanische Solidarität feiern liess, wird diese Annäherung kaum leichtfertig aufs Spiel setzen. Wenn Havanna auch weiterhin diskrete Fäden zu "progressiven Kräften" spinnen dürfte (Ausbildung etc.), so scheint es den aktiven Revolutionsexport aufgegeben zu haben und heute keine der lateinamerikanischen Guerilla-Bewegungen mehr zu kontrollieren. An-

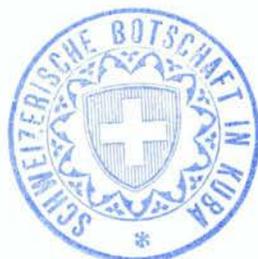


- 10 -

lässlich des dritten lateinamerikanischen Frauentreffens in Havanna von anfangs Oktober meinte Fidel Castro, die wirtschaftlichen Bedingungen in Lateinamerika hätten ein revolutionäres Klima geschaffen; wenn er zuwenig weise Männer sehe, die Revolutionen verhindern könnten, so wolle er aber keineswegs subversive Strömungen fördern. Dass auch Lateinamerika den angelaufenen Normalisierungsprozess mit Havanna nicht stören lassen will, zeigte sich deutlich in der Haltung der lateinamerikanischen Gruppe gegenüber amerikanischen Druckversuchen in der UN-Menschenrechtskommission. Im November 87 am lateinamerikanischen Präsidenten-Gipfel von Acapulco kam sogar Kubas Rückkehr in die OAS zur Sprache. Havanna hat jedoch damit keine Eile; was ihm vorzuschweben scheint, ist vielmehr eine politische Staatengruppierung ohne die USA.

In der Frage des Konfliktes in Zentralamerika / Nicaragua, der stark zur Verschlechterung der kubanisch-amerikanischen Beziehungen beigetragen hat, unterstützt Havanna - wie vorher die CONTADORA-Bemühungen - den durch Esquipulas II eingeleiteten Friedensprozess. Seit Reagans Amtantritt von 1981 hat die kubanische Zentralamerikastrategie zwei Hauptziele verfolgt: 1. eine sich aus dem Nicaragua-Konflikt ergebende militärische Aggression der USA gegen Kuba zu vermeiden und 2. die sandinistische Revolution, deren Ueberleben für Kuba von vitaler Bedeutung ist, zu konsolidieren. Havanna, das bezüglich Nicaragua seit einiger Zeit auffallend "low profile" hält, ist über dessen katastrophale Wirtschaftslage beunruhigt und beurteilt die Chancen einer Befriedung Zentralamerikas - die wohl kaum ohne sicherheitspolitischen Einbezug Kubas möglich ist - eher pessimistisch. Stark interessiert ist Kuba an den Vorgängen in El Salvador und Guatemala; indessen bestreitet Havanna, die dortigen Guerillabewegungen militärisch direkt zu unterstützen. Im schwelenden Konflikt zwischen Panama und den USA hat sich Kuba demonstrativ auf die Seite von General Noriega gestellt.

Das starke internationalistische Engagement Kubas vor allem in dem mit ihm ethnisch verbundenen Schwarzafrika geht bis in die frühen Revolutionsjahre zurück (Afrika-Missionen Che Guevaras). Seit 1975 steht in Angola ein kubanisches Expeditionskorps, das neuerdings auf 55'000 Mann angewachsen ist. Hatte Havanna noch im März 86 - kaum zur Freude aller Frontstaaten - verkündet, es werde seine Militärpräsenz im südlichen Afrika bis zum Fall des südafrikanischen Apartheid-Regimes aufrechterhalten, so scheint nach den in den letzten Monaten intensiv geführten Vierergesprächen eine den schrittweisen kubanischen Truppenabzug einschliessende, friedliche Gesamtlösung des Angola-/Namibia-Konfliktes möglich. Mag Fidel Castro der Verzicht auf seine Befreiungsträume auch schwerfallen, so glaubt er sich doch



- 11 -

als Geburtshelfer der Unabhängigkeit Namibias ins afrikanische Geschichtsbuch einzutragen. Das kubanische Volk, dem Angola zur Hypothek geworden ist und das an der Dankbarkeit seiner afrikanischen Brüder zu zweifeln beginnt, wird einen ehrenvollen Abzug seiner Truppen - deren Reintegration angesichts der wirtschaftlichen Stagnation allerdings nicht problemlos sein dürfte - begrüßen.

Das noch anfangs der Achtzigerjahre deutliche Interesse Havannas an Westeuropa (Gegengewicht zu USA und Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen) scheint eher nachzulassen. Eine Hauptursache dürfte der Devisenmangel Kubas sein, der seit 1985 zu einem starken Rückgang der ohnehin schon bescheidenen Westimporte geführt hat (von 14 % 1985 auf unter 10 % 1987). Wie andere Oststaaten knüpft Kuba gewisse Hoffnungen an die Europäischen Gemeinschaften, mit denen es Ende September 88 diplomatische Beziehungen aufgenommen hat (der EG-Beitritt Spaniens, mit dem Kuba historisch bedingte Sonderbeziehungen pflegt, hatte Havanna sichtlich beunruhigt). Bemerkenswert ist, dass Fidel Castro, der sich stark für das Leben in seinem "Vaterland" Spanien zu interessieren scheint, noch nie Westeuropa besucht hat; vor einigen Jahren beklagte er sich über einige westeuropäischen Regierungen, die unter amerikanischem Druck ihre Einladungsschreiben fallengelassen hätten.

In Asien, wo sein diplomatisches Netz bis in die Inselwelt des Südpazifiks reicht, fühlt sich Havanna vor allem mit Pjöngjang verbunden. Fidel Castro bewundert die sozialistische Aufbauarbeit Kim Il Sung's; nach dem Scheitern der Bemühungen um Abhaltung der Olympischen Sommerspiele in beiden Koreas hat Kuba als fast einziges Ostblockland Seoul boykottiert. Interessant ist, dass die sich auf sinkendem Schiff befindenden Präsidenten Najibullah aus Afghanistan sowie Heng Samrin aus Kampuchea diesen Sommer demonstrativ zu Staatsbesuchen in Kuba empfangen wurden, als wollte ein selbst beunruhigter Fidel Castro auch hier Moskau an die Wichtigkeit sozialistischer Solidarität erinnern. Mit Beijing, dessen reformistischer Wirtschaftskurs den Kubanern zu denken geben muss, hat Havanna in letzter Zeit seine Beziehungen verstärkt.

Die intensive, bisweilen an Hektik grenzende aussenpolitische Aktivität Havannas (eine wichtige Rolle spielt auch die Parallel-Diplomatie des Zentralkomitees im Bereich der internationalen KP-Beziehungen) vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, dass Kuba in der Drittweltpolitik seinen Zenit mit der Präsidentschaft der NOAL-Bewegung überschritten hat (Blockfreienkonferenz von 1979 in Havanna, wo sich Fidel Castro mit seiner These von der UdSSR als natürlicher Verbündeter der blockfreien Staaten isolierte). Dennoch spielt es in der multilateralen Drittweltpolitik (NOAL, UNO) weiterhin eine nicht zu unterschätzende Rolle. Fidel Castro fordert unaufhörlich eine Neue Weltwirtschaftsordnung und hatte im Sommer 85 im Zuge einer monatelangen Aussenschuldkampagne die lateinamerikanischen Staaten zum "Generalstreik der Schuldner" aufgerufen.



4. Ausblick

Die Zukunft der kubanischen Revolution, die am 1. Januar 1989 ihren 30. Jahrestag feiern wird, ist mit vielen Unsicherheits-elementen belastet. Versucht man dem Castro-Regime gerecht zu werden, so ist anzuerkennen, dass im Gegensatz zu den meisten andern karibischen und lateinamerikanischen Staaten in Kuba die materiellen Grundbedürfnisse der Bevölkerung gesichert sind und extreme Armut fehlt. Die Revolution hat ein von vielen Drittweltstaaten bewundertes Gesundheits- und Erziehungssystem geschaffen, die Beseitigung der Rassendiskriminierung vorange-trieben und die bisher unterentwickelten ländlichen Gebiete stark gefördert. Dies alles jedoch hat einen hohen Preis ge-fordert: Was 1953 als bürgerliche Erhebung der Bewegung des 26. Juli begonnen hatte und anfangs der Sechzigerjahre Ideal vieler Linksintellektueller auch in Westeuropa war, ist durch das Festhalten an einer Utopie in einem totalitären System ge-landet. Der Charme des "comunismo tropical", dem westliche Polit-Touristen nur allzu leicht erliegen, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Insel von einem allmächtigen Sicher-heitsapparat kontrolliert wird, der jede den Kern des Regimes treffende Opposition schärfstens sanktioniert. Fidel Castro und seine obersten Führungsgehilfen - meist alte Kampfgefährten aus der Sierra Maestra - sind seit Jahrzehnten am Ruder und verbauen mit ihrer Revolutionsnostalgie die Anpassung Kubas an gewandelte innere und äussere Bedingungen.

Der Mangel an Perspektiven führt vor allem bei der frustrierten jungen Generation, die die sozialen Errungenschaften der Revo-lution als selbstverständlich betrachtet (rund die Hälfte der 10 Mio. Kubaner ist nach 1959 geboren), zu einem für das Regime gefährlichen Entfremdungsprozess. Allerdings ist angesichts des vor allem auf ältere Kubaner noch weitgehend wirkenden Charismas von Fidel Castro sowie insbesondere seines intakten Machtapparates in absehbarer Zeit kaum mit dramatischen Ent-wicklungen zu rechnen (ein asiatischer Botschafter meinte kürzlich etwas pointiert, die Situation Kubas gleiche derjeni-gen Burmas vor 20 Jahren). Amerikanische Beobachter sind über-zeugt, dass der neue Geist in der UdSSR sowie das gewandelte Verhältnis zwischen den Supermächten den kubanischen Máximo Líder zu beträchtlichen Kursänderungen zwingen wird. Dass das Regime über die wachsende Unzufriedenheit seiner Bevölkerung beunruhigt ist, zeigt die Meldung, wonach demnächst Verwandten-besuche in Kuba von nach 1978 emigrierten Kubanern erlaubt werden sollen. Wenn es durchaus möglich ist, dass die viel-gepriesene Rektifikation allmählich versandet und im "real



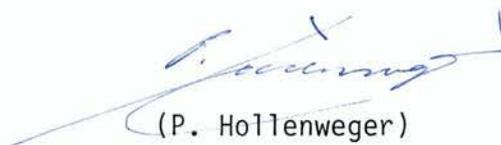
- 13 -

existierenden Sozialismus" Kubas kleinere neokapitalistische Sünden wieder geduldet werden, so sind jedoch unter Fidel Castro tiefgreifende Strukturreformen schwerlich denkbar. Sollte Gorbatschew überdies - was nicht auszuschliessen ist - mit seiner Perestroika scheitern, so könnte in einigen Jahren Fidel zumindest als ideologischer Sieger dastehen. Tragisch wäre, wenn der 62-jährige Fidel Castro, der gut über das Jahr 2000 hinaus an der Macht bleiben kann und bezeichnenderweise Cervantes Don Quijote als sein Lieblingswerk bezeichnet, sich mit zunehmendem Alter der Einsicht in harte Realitäten noch weiter verschliessen würde.

Die eigentliche Schlüsselfrage jedoch lautet: Was kommt nach Fidel? Während sich die Castrologen einig scheinen, dass nach einem Abtreten Fidels die internationale Rolle Kubas stark redimensioniert würde, so werden die Führungsqualitäten des designierten Nachfolgers Raúl Castro (heute 2. Parteisekretär und Verteidigungsminister) unterschiedlich eingeschätzt. Gute Kubakenner meinen jedoch, dass unter dem wenig charismatischen, 57-jährigen Castro-Bruder, der stets als moskautreuer galt, gerade im wirtschaftlichen Bereich vieles besser funktionieren würde.

Die Zukunft Kubas wird vom Gang der Dinge in Moskau und Washington mitbestimmt werden. Welche politischen Szenarien für ein künftiges Kuba auch immer entworfen werden, diese haben davon auszugehen, dass das kommunistische Kuba - anders als etwa Polen - theoretisch durchaus aus dem sozialistischen Verband ausscheren könnte, wirtschaftlich jedoch derart von Moskau abhängig ist, dass es, mit seinen 8 Mio. t Zucker auf den freien Weltmarkt geworfen, ohne massive Hilfe buchstäblich verhungern müsste. Im Zuge historischer Spekulationen wird man sich auch fragen müssen, inwieweit Kuba mit seinem starken spanischen Kolonialerbe überhaupt demokratiefähig ist und ob bei einem wirtschaftlich-politischen Nahverhältnis zu den USA (zu denen es kein Gegengewicht wie Mexiko bildet) seine nationale Identität auf die Länge nicht ernsthaft gefährdet würde. Und völlig jenseits von Sozialismus oder Kapitalismus meldet sich die Ahnung, in zwei oder drei Generationen könnte für das multirassische Kuba ein ganz anderes Problem, nämlich die Beziehungen zwischen Weiss und Schwarz, akut werden...

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER



(P. Hollenweger)

